Kleine Anfrage

der Abgeordneten Siegesmund (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit

Die Umsetzung des Thüringer Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens (Thüringer Nichtrauchererschutzgesetz - ThürNRSchutzG -)

Die **Kleine Anfrage 1533** vom 26. Mai 2011 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Auswirkung der Novellierung des Thüringer Nichtrauchererschutzgesetzes im Hinblick auf den postulierten besseren Schutz vor Passivrauchen seit Inkrafttreten des Gesetzes im Juni 2010 ein?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung darüber, in welchem Umfang die Gastronomiebetriebe spezielle Maßnahmen zur Umsetzung der Vereinbarung bisher getroffen haben, insbesondere hinsichtlich
 - a) der Information der Gäste über bestehende Nichtraucherangebote,
 - b) der räumlichen Trennung von Raucher- und Nichtraucherbereichen,
 - c) der Verbesserung der Be- und Entlüftungseinrichtungen?
3. Wenn der Landesregierung keine oder nach eigener Meinung nur begrenzte Erkenntnisse zu der Fragestellung aus Frage 2 zur Verfügung stehen, wie bewertet die Landesregierung dann die Effektivität des Nichtrauchererschutzgesetzes in Thüringen und dessen Umsetzung und Kontrolle?
4. Kann die Landesregierung darüber Angaben machen, wie viele Restaurants, Cafés und Bars als Rauchergaststätten bzw. wie viele Restaurants, Cafés und Bars als vollständig rauchfrei zu bezeichnen sind? Wenn derzeit keine Angaben vorliegen, sieht das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit vor, eine derartige Erhebung zu initiieren? Wenn ja, wann und wer führt eine solche Erhebung durch?
5. Welche besonderen Klagen und Beschwerden sind der Landesregierung über die Nichteinhaltung des Nichtrauchererschutzgesetzes bekannt geworden und was wurde dagegen bisher unternommen? Wenn der Landesregierung keine Klagen und Beschwerden bekannt sind, plant die Landesregierung dann eine Erhebung in den zuständigen Ämtern von Kommunen und Landkreisen?
6. In welchen Bereichen gibt es nach Meinung der Landesregierung besondere Schwierigkeiten bei der Einhaltung des Nichtrauchererschutzgesetzes in Thüringen und worin liegen die Gründe?
7. Wie viele Überprüfungen der Ordnungsämter zur Einhaltung des Nichtrauchereschutzes gab es in Thüringen seit Novellierung des Gesetzes bis heute, wie viele Ordnungswidrigkeiten wurden festgestellt und wie viele Bußgelder wurden in welcher Gesamthöhe verhängt (bitte nach Jahr und Landkreis auflisten)?

8. Wie viel Personal steht für die Einhaltung des Nichtraucherschutzes zur Verfügung? Bewertet die Landesregierung die Anzahl als ausreichend?
9. Das Thüringer Nichtraucherschutzgesetz ist bis Ende 2012 befristet. Inwieweit begleitet und evaluiert die Landesregierung das Thüringer Nichtraucherschutzgesetz? Werden die Ergebnisse veröffentlicht und wann ist damit zu rechnen?
10. Sieht die Landesregierung die Notwendigkeit, Maßnahmen bzw. Initiativen zu einem stärkeren Nichtraucherschutz zu ergreifen? Wenn ja, welche speziellen Maßnahmen scheinen der Landesregierung geeignet, um verstärkt vor den gesundheitlichen Gefahren durch Passivrauchen wirksam zu schützen?
11. Mittlerweile liegen Erfahrungen mit einem restriktiveren Nichtraucherschutzgesetz (Bayern, Saarland) vor. Inwieweit haben sie nach Meinung der Landesregierung die Befürchtungen der Gegner eines effektiven Nichtraucherschutzgesetzes (wie es mit dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/1117 im Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Thüringer Nichtraucherschutzgesetzes angestrebt wurde) realisiert? Dabei ist insbesondere auf die wirtschaftliche Entwicklung im Gastronomiebereich und die Akzeptanz in der Bevölkerung einzugehen. Bei der wirtschaftlichen Situation im Gastronomiebereich ist auch die von der Nichtraucherschutzgesetzgebung unabhängige Entwicklung (z.B. bei den sogenannten Eckkneipen) zu berücksichtigen.
12. Inwieweit rechtfertigt die Landesregierung das bestehende Thüringer Nichtraucherschutzgesetz in Anbetracht von § 5 der Arbeitsstättenverordnung, nach dem Ausnahmen beim Nichtraucherschutz nur dann zulässig sind, wenn "die Natur des Betriebes und die Art der Beschäftigung" dies erforderlich machen? Welche Auswirkungen haben die Erfahrungen aus dem europäischen Ausland und Bayern auf die bisherige Annahme, dass die Natur des Betriebes und die Art der Beschäftigung eine rauchfreie Gastronomie ausschließen?

Das **Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 26. Juli 2011 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Spezifische Zahlen für die Thüringer Bevölkerung liegen für die Zeit seit Juni 2010 nicht vor. Die Einführung des Thüringer Nichtraucherschutzgesetzes wird als richtiger Schritt zur Umsetzung des Schutzes der Bevölkerung vor Passivrauchen gesehen.

Zu 2.:

Erhebungen über die qualitative und quantitative Umsetzung des Thüringer Nichtraucherschutzgesetzes (ThürNRSchutzG) in der Gastronomie sind nicht gesetzlich vorgesehen. Damit liegen der Landesregierung dazu keine Daten vor.

Die Informations- und räumlichen Gestaltungspflichten der Betreiber von Gastronomiebetrieben sind im Gesetz geregelt und werden entsprechend umgesetzt. Die Ahndung von Zuwiderhandlungen erfolgt nach § 8 Abs. 3 ThürNRSchutzG von den Landkreisen und kreisfreien Städten.

Zu 3.:

Die Landesregierung schätzt die Auswirkungen des Nichtraucherschutzgesetzes zur Vermeidung von Gefahren durch das Passivrauchen durchweg positiv ein. Sowohl die Akzeptanz in der Bevölkerung als auch die angezeigten positiven Auswirkungen, wie saubere Luft und weniger Verschmutzungen der Räume in den betreffenden öffentlichen Einrichtungen bestätigen den Erfolg des Anliegens des Thüringer Nichtraucherschutzgesetzes.

Speziell zum Rauchverhalten der Thüringer Schüler liegen nur empirische Daten vor. Der Anteil der Schüler, die täglich rauchen, ist im Verlauf der vergangenen fünf Jahre um mehr als acht Prozent zurückgegangen. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung führt z.B. die verstärkte Verbreitung von Präventionsprogrammen und die gesetzlichen Neuregelungen (Rauchverbote, Tabaksteuererhöhungen) der letzten Jahre als Erklärung hierfür an.

Wenn man die Daten der "Europäischen Schülerstudie zu Alkohol und anderen Drogen (ESPAD)" vergleicht, ist der Anteil der Schüler Klassenstufe 9 an den täglichen Rauchern in den letzten acht Jahren sogar um 60 Prozent zurückgegangen.

Zu 4.:

Hierzu liegen der Landesregierung keine Angaben vor, da eine solche Erhebung gesetzlich nicht vorgesehen ist. Die Landesregierung plant hierzu keine Änderung.

Zu 5.:

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse zu gerichtlichen Klagen oder Beschwerden über die Nichteinhaltung des Nichtraucherchutzgesetzes vor. Eine Erhebung diesbezüglich ist nicht geplant.

Zu 6.:

Schwierigkeiten beim Vollzug des Nichtraucherchutzgesetzes gibt es insbesondere im Bereich der Spielhallen. Nach Angaben der Spielhallenbetreiber seien ca. 80 bis 90 Prozent ihrer Kundschaft Raucher und das Rauchen eine ständige Begleiterscheinung während der Gerätenutzung.

Zu 7.:

Vorbemerkung: Hierzu liegen keine Statistiken vor, da entsprechende Berichtspflichten nicht bestehen. Kontrollen zur Einhaltung des Thüringer Nichtraucherchutzgesetzes werden vorwiegend von Mitarbeitern der Gewerbe- sowie Ordnungsbehörden und in Einzelfällen auch aufgrund von Bürgerbeschwerden bzw. -hinweisen durchgeführt. Beispielhaft sind nachfolgend einige Angaben von kreisfreien Städten seit der Novellierung des Thüringer Nichtraucherchutzgesetzes angeführt. Eine Tendenz für Thüringen lässt sich daraus nicht ableiten.

kreisfreie Städte	Anzahl durchgeführter Kontrollen	Anzahl festgestellter Ordnungswidrigkeiten	Anzahl der Bußgeldverfahren	Bußgeldhöhe in Euro
Gera	132	22	22	950
Eisenach	46	22	7	1 750
Jena	keine Angabe	keine Angabe	3	950
Erfurt	1 006	81	10	2 995
Weimar	38	5	3	375

Zu 8.:

Siehe Vorbemerkung zu Frage 7.
eingesetztes Personal:

Gera: ca. 10 Prozent eines vollbeschäftigten Mitarbeiters
 Weimar: ca. 15 Prozent eines Mitarbeiters mit 0,75 VbE
 Suhl: ein Mitarbeiter der Gewerbebehörde im Rahmen der Gewerbekontrollen - Prozentuale Angaben liegen nicht vor.
 Eisenach: ca. 15 Prozent eines vollbeschäftigten Mitarbeiters
 Jena und Erfurt: Außendienstmitarbeiter im Rahmen ihrer Kontrollen zur Einhaltung aller ordnungsrechtlichen Bestimmungen - Prozentuale Angaben liegen nicht vor.

Zu 9.:

Eine begleitende Evaluation findet nicht statt, jedoch ist vor einer Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes eine punktuelle Erhebung geplant, auf deren Grundlage das weitere Vorgehen entschieden wird. Eine Veröffentlichung der nicht repräsentativen Erhebung ist dann nicht vorgesehen.

Zu 10.:

Nein - von der Landesregierung werden Initiativen zur Verbesserung des Nichtraucherchutzes umgesetzt. Dabei wird beispielsweise auf das Programm der AGETHUR "Be smart, dont start" hingewiesen.

Zu 11.:

Die Erfahrung aus Bayern und dem Saarland wurden zur Kenntnis genommen. Daraus kann nicht abgeleitet werden, dass die Befürchtungen der Gegner eines effektiven Nichtraucherchutzgesetzes eingetreten sind.

Aus den zur Verfügung stehenden Daten des Thüringer Landesamtes für Statistik kann gefolgert werden, dass das Thüringer Nichtraucherschutzgesetz zu keinem Rückgang der Anzahl der gastronomischen Einrichtungen geführt hat. Es kam zwar insgesamt zu einem Rückgang im Bereich des Gastgewerbes seit 2008. Die Differenz zwischen Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen ist jedoch nicht so groß, dass man dies als Auswirkung des Thüringer Nichtraucherschutzgesetzes werten könnte. Darüber hinaus unterscheidet die Statistik nicht zwischen Getränkeausschank und Hotelbetrieb.

Zu 12.:

Arbeitgeber haben nach § 5 Abs. 1 Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) einen umfassenden Nichtraucherschutz in ihren Betrieben durchzusetzen. Dieser Nichtraucherschutz für Beschäftigte endet gemäß § 5 Abs. 2 ArbStättV dort, wo die Möglichkeit zum Rauchen zum unternehmerischen Angebot und der Umgang mit Besuchern/Kunden des Betriebes zur Art der Tätigkeit der Beschäftigten gehören.

In den Thüringer Betrieben, die unter die Ausnahmen der §§ 4 und 5 des ThürNRSchutzG fallen, gehört das unternehmerische Angebot der Möglichkeit zum Rauchen wegen dieser gesetzlichen Ausnahmeregelungen zu der rechtlich zulässigen unternehmerischen Betätigung, die nicht verhindert oder beeinträchtigt werden kann.

In Vertretung

Dr. Schubert
Staatssekretär